

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsstelle
Tageblatt Riesa,
Sternstr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und des Kantonsamts beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1430.
Direktor
Riesa Nr. 22.

Nr. 168.

Donnerstag, 21. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder nach unten. Für den Fall des Austritts von Produktionsbetriebern, Schließungen der Abzüge und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Kundgebotes sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibfläche (6 Spalten) 20 Pfennig; die 28 mm breite Reklamefläche 100 Pfennig; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50% Zuschlag. Jede Zeile. Sonstige Rabatte erteilt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Spazierer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Nach der Schlacht in Wien.

an. Die gestern erfolgte Befreiung der 80 Opfer, die die Wiener Straßenkämpfe gefordert haben, ist der letzte Akt des Dramas gewesen, das sich im Laufe der letzten 8 Tage in der Hauptstadt des Brudervolkes abspielte. Von Seiten der Stadt Wien ist alles geschehen, um die Forderungen zu erfüllen, daß sie zugleich für die Genossen der Vorkämpfer einen verständlichen Trost habe. Der Bürgermeister Dr. Seitz und der sozialdemokratische Führer Dr. Ellenbogen haben an den Gräbern gesprochen. Die Kosten der Forderungen werden von der Stadtgemeinde getragen. Die amtlichen Gebäude hatten schwarze Trauerfahnen gehißt. Aber all dies kann und wird die kühnen Führer der Sozialdemokratie nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie mit ihren Toten zugleich viele Hoffnungen begraben müssen. Es hat keinen Zweck, jetzt im Augenblick lange Betrachtungen über die Schuldfrage anzustellen. Die gerichtlichen Verhandlungen, die schon demnächst gegen die zahlreichen Verhafteten beginnen werden, werden hoffentlich ein ganz klares Bild ergeben. Es ist selbstverständlich, daß alle Schuldigen schwerer Strafe verfallen müssen. Das alles aber sind doch nur Einzelheiten, die letzten Endes gar nicht so sehr ins Gewicht fallen, wenn man — und das muß immer wieder geschehen — die Frage aufwirft, wie es überhaupt zu den Ausschreitungen kommen konnte. Ein bestinformierter Seite hören wir, daß es ganz unmissig ist, das Schattendrama Urteil als eigenliches und alleinigen Grund anzuführen. Wie wir zuverlässig erfahren, sind die Verhafteten — es muß immer wieder betont werden, daß es sich bei dem Freispruch um das Urteil eines Schwurgerichts handelt — zum überwiegenden Teil Männer aus dem Arbeiterstande gewesen, was daraus zu erklären ist, daß die Staatsanwaltschaft, die jetzt übrigens gegen das Urteil Revision eingelegt hat, eine ganze Reihe von Verhafteten als gefangen abgab. Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen stellt, so wird ganz klar, daß der wahre Grund tiefer liegt. Von gut unterrichteter Seite wird immer wieder darauf hingewiesen, daß der ganze Weg, den die österreichische Sozialdemokratie seit dem Wiener Parteitag gegangen ist, eben doch ein Irrweg war. Sie glaubte, durch betonten Nationalismus den Kommunisten das Wasser abgraben zu können und muß jetzt erleben, daß die allerschärfsten Angriffe gegen die sozialdemokratischen Führer nicht von bürgerlicher Seite her, sondern von der äußersten Linken kommen. In diesem Sinne kann das Memorettel von Wien auch der deutschen Sozialdemokratie, die ihrem linken Flügel in letzter Zeit auch mehr Einfluß eingeräumt hat, zur warnenden Lehre dienen. Wie wir hören, besteht Aussicht dafür, daß die österreichischen Führer der Sozialdemokratie bereit sind, einzulassen. Derselbe Wunsch bezieht unseren Informationen zufolge auch auf christlich-sozialer Seite, so daß es durchaus möglich erscheint, daß die parlamentarischen Verhandlungen rascher eine Verständigung ergeben, als man bis jetzt annehmen konnte. Das würde vor allem der Fall sein, wenn die linken Parteien einem Vorschlag der Sozialdemokraten ihre Zustimmung geben, der auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses hinausläuft. Eine große Rolle bei den kommenden Verhandlungen wird auch die Frage eines generellen Verbotes sämtlicher Wehrverbände spielen, das sich selbstverständlich ebenso auf den "Republikanischen Schutzbund" wie auf die monarchistischen Frontkämpferverbände beziehen würde. Ob es dazu kommt, steht allerdings zur Stunde noch nicht fest. Auf jeden Fall aber kann man mit Befriedigung konstatieren, daß es gelungen ist, die Ruhe in Wien rascher wieder herzustellen, als es zuerst den Anschein hatte. Gewiß, die Vorgänge der letzten Tage werden sich noch lange im politischen Leben Deutsch-Österreichs auswirken, aber wohl nur mehr unter der Oberfläche. Der Kampf ist zu Ende, die Verhandlungen können beginnen.

Eine Neuherung des Bürgermeisters Seitz über die Wiener Ereignisse.

Wien, 20. Juli. Im Auftrag des erkrankten Bürgermeisters Seitz übermittelte heute Stadtrat Weitzner im Rathhaus den verammelten Vertretern der in- und ausländischen Presse schriftlich festgelegte Neuherungen des Bürgermeisters, die, wie Weitzner erklärte, das ausdrücken, was im Augenblick zu den traurigen Ereignissen am Freitag gesagt werden könne. Es heißt darin: die Tatsache, daß in den Straßenkämpfen beinahe 100 Menschenleben einem Ausbruch der Leidenschaften zum Opfer gefallen sind, läßt keinen Raum für kleinliche politische Erwägungen. Die Toten seien der Politik entrückt und nur die geschändete Menschennüchere, die vernichtete Malesität des Menschenlebens stehe maßgebend vor uns. Was die Ursache dieser traurigen Ereignisse anlangt, so sei es gleich richtig, sie in einem vom Ausland angezettelten halbgeheimlichen Komplott wie in einem vorbereiteten Ueberfall der Reaktion suchen zu wollen. Österreich sei ein Land, in dem weder der Volksweltismus noch der Faschismus bisher Fuß fassen konnten. Was sich an dem blutigen Freitag ereignet habe, sei zuerst eine Entzündung und Entzündung über ein Festspiel, welches den Mord zweier Arbeiter ungehindert ließ, gewesen, die dann durch die entfesselte Wucht der Gewalt in das Gegenteil, in ein befehlungsloses Ausmaß der bewaffneten Uebermacht umschlug. Die Polizei hätte sich einer Empörung gegenübersehen, deren Umfang sie, so wie alle anderen nicht voraussehen konnte. Sie hätte sich offenbar schwach und gescheitert in dieser Lage von Anfang an anders als die gewöhnlichen

Die deutsche Antwort auf die zweite belgische Note.

Berlin, 20. Juli. (Telefon.) Die heute übergebene deutsche Antwort auf das am heutigen Tage veröffentlichte belgische Memorandum hat folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung bezieht sich auf das Memorandum vom 18. Juli, in dem die Königlich belgische Regierung die Stellungnahme ihres Wehrministers zu den Feststellungen des belgischen Memorandums vom 18. Juli übermitteln hat, folgendes zu erwidern: Der Königlich belgische Herr Wehrminister glaubt zwar, seine früheren Behauptungen über die Entlassungen aus der Reichswehr aufrecht erhalten zu können, ist aber nicht in der Lage, den amtlichen belgischen Feststellungen, die die genauen Zahlen für die letzten Jahre anführen, irgendwelche konkreten Angaben oder Beweise entgegenzusetzen. Damit erklärt sich für die deutsche Regierung ein weiteres sachliches Einsehen auf diesen Punkt. Das die Aufwendungen des deutschen Reichshaushaltes für militärische Zwecke anwachsen, so genügt es, zu wiederholen,

daß diese Aufwendungen durch den Verfall der Verträge nicht eingeschränkt werden und daß Deutschland daher hinsichtlich der Signatur-Rüchten des Berliner Vertrages keine Verantwortlichkeit schuldet ist. Im übrigen enthalten die sachlichen Ausführungen des Grafen de Broqueville über diesen Punkt nichts, was die Darlegungen des deutschen Memorandums vom 18. Juli entkräftigt. Die deutsche Regierung muß hiernach die Verweigerung, die sie gegen das Vorgehen des Königlich belgischen Herrn Wehrministers eingelegt hat, in vollem Umfange aufrecht erhalten. Strafverfahren gegen Wien. Wie die Wiener Neue Freie Presse erfährt, wird gegen den in Wien verhafteten kommunistischen Bundtagsabgeordneten Pich ein strafrechtliches Untersuchungsverfahren eingeleitet werden, da er verdächtig ist, an der Aktion zur Veranlassung neuer Unruhen teilgenommen zu haben.

Eine Kundgebung des Wiener Polizeipräsidenten.

Wien, 20. Juli. Der Polizeipräsident hat einen Tagesbefehl erlassen, in dem er der Polizeibeamten gedenkt, die bei den Ereignissen vom 15. und 16. Juli den Tod gefunden haben oder verletzt worden sind. Die Bundesregierung habe ihm aus diesem Anlaß ihr Bedauern über die Opfer zum Ausdruck gebracht und der Wiener Polizei Dank und Anerkennung für ihr maßvolles und opferwilliges Verhalten ausgesprochen. Ungeachtet aller gegen die Sicherheitswache, weist aus Verneinung des wahren Sachverhalts, erhobenen Angriffe spreche er allen in diesen Tagen im Dienst gestandenen Polizeibeamten für ihre bewiesene Treue den Dank aus. Sodann heißt es in dem Tagesbefehl: „Möge dieser Kampf der letzte gewesen sein, und mögen die fürchterlichen Opfer allen die Augen öffnen über den Abgrund, in den unser Staatswesen durch die Invidiosität der Bürger geführt wird.“ In dem Tagesbefehl heißt es, daß vier Polizeibeamte den Tod fanden, 58 schwer, darunter einige lebensgefährlich, 202 noch unbestimmten Grades und 163 leichtverletzt wurden. Um die Gemeindefürsorge. (Ämtliche Nachrichtenstelle.) Im Anschluß an die gestern im Rathhaus von den Stadträten Weitzner und Dr. Landler abgehaltene Pressekonferenz wurden wegen der neuen Gemeindefürsorge an das Bundeskanzleramt Anfragen gestellt, weil die Antworten, die in der Pressekonferenz gegeben wurden, nicht klar genug erschienen. In Beantwortung dieser Anfragen wird festgestellt, daß tatsächlich schon in der Rundmachung des Bürgermeisters, durch die er die Gemeindefürsorge ins Leben rief, angeordnet wurde, daß diese nur für die Tage der Gefahr bezuhen werden solle. Was die Bewaffnung der Gemeindefürsorge anlangt, wird festgestellt, daß es niemand beabsichtigt wird, das es in Wien, wie in jeder Großstadt, Elemente der Tiefsicht, die sich bei solchen Gelegenheiten an die Oberfläche brängen und Dinge anfangen, die von der organisierten Arbeiterkraft dieser Stadt sofort auf das schärfste zurückgewiesen wurden. Im Kampf gegen diese Taten abler Instinkte haben sich neben den organisierten Abteilungen der Arbeiterkraft besonders die kommunale Feuerwehr, Sanitäter, sowie die freiwillige Rettungsgesellschaft durch heldenhafte Willkürfüllung hervorgetan. Bei den weiteren Vorgängen des traurigen Tages ist eines unbefriedigbar und muß offen bekannt werden: Entgegen allen Vorschriften des Gesetzes und der Menschlichkeit haben Polizeibeamte wiederholt geschossen, ohne direkt angegriffen zu sein und ohne vorher an die Menge eine Aufforderung zur Räumung des Platzes gerichtet zu haben. Darüber wird eine strenge Untersuchung in aller Öffentlichkeit zu führen sein, damit die Schuldigen zur Verantwortung gezogen und Maßregeln getroffen werden können, welche für die Zukunft eine Wiederholung ausschließt. In seinen Ausführungen betonte Bürgermeister Seitz weiter, daß die Würde und Disziplin, mit welcher die Protestaktion durchgeführt und abgebrochen worden sei, wohl der schlagendste Beweis dafür sei, wie völlig einflusslos die kommunistische Agitation in Wien sei. Zum Schluß wies der Bürgermeister daraufhin und ließ nochmals durch den Stadtrat Weitzner ganz besonders betonen, daß in Wien vollkommene Ruhe eingetreten sei, wie es auch der ruhige Verlauf der heutigen Leichenfeier gezeigt habe. Stadtrat Weitzner beantwortete dann noch einige Fragen betreffend die aufzustellende Gemeindefürsorge. Bezüglich der Bewaffnung verneinte er die Frage, daß sie mit Maschinengewehren ausgerüstet sei. Ein Teil ihrer Waffen sei von der Polizei selbst zur Verfügung gestellt worden. Ueber die Dauer der Einrichtung konnte er keine Aufklärung geben. Mit den Bestimmungen des Friedensvertrages werde die Schutzwache durchaus nicht in Widerspruch. Schließlich erklärte er, daß die Gemeindefürsorge noch den Gemeinderat sowohl wegen der Sache selbst als auch aus finanziellen Gründen beschäftigen werde.

Handelsvertrag mit Japan.

Berlin. Wie wir mitteilen können, mißt die deutsche Regierung der gestern erfolgten Unterzeichnung des deutsch-japanischen Handelsvertrages große Bedeutung bei. Bekanntlich bringt uns dieser die volle Weltbedeutung. Strittig war vor allem die Einfuhrbeschränkung von Farben nach Japan, da hierfür ein ausdrückliches Verbot bestand, das sich direkt gegen Deutschland richtete. Diese Beschränkung des freien Handels ist jetzt fallen gelassen worden, doch hat sich, wie wir hören, die deutsche Farbenindustrie verpflichtet, gewisse Farben nicht in Japan einzuführen. Die Bedeutung dieses glücklich zustandegebrachten Handelsvertrages beruht jedoch nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Es wird darauf hingewiesen, daß sich insbesondere der japanische Ministerpräsident Tanaka, der erst seit einem Monat an der Spitze der japanischen Regierung steht und zugleich den Posten eines Ministers des Auswärtigen bekleidet, in bemerkenswerter Weise für den Abschluß des Handelsvertrages eingesetzt hat. Auch der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Soli, hat viel dazu beigetragen, daß in Japan eine Atmosphäre geschaffen wurde, in der ein friedliches Zusammenarbeiten beider Völker wieder möglich ist.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich.

Berlin. Die deutsche und die französische Vertragsdelegation in Paris haben bis zum 20. Juni feierlich gearbeitet, um zu einem Abschluß über das Handelsprovisorium zu gelangen. Da sich die Möglichkeit dazu nicht ergab, wurde die französische Regierung von der Kammer ermächtigt, ihrerseits den Abschluß vorzunehmen. Dadurch entfiel der zeitliche Druck, bis zum 15. Juli den Abschluß herbeizuführen, und die Verhandlungen sind seitdem wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen. Von deutscher Seite werden die Aussichten im ganzen nicht ungünstig beurteilt, da auch auf der französischen Seite der Wille besteht, mit den Verhandlungen zu Ende zu kommen. Es bestehen allerdings noch Schwierigkeiten über die Regelung für die französischen Kolonialgebiete, für die Frankreich die Meistbegünstigung nicht zugestehen will, während Deutschland diese Forderung aufrecht erhalten muß, sowie in sozialistischen Fragen, aber es wird doch damit gerechnet, daß in etwa einer Woche ein Abschluß erzielt werden kann.

Noch ein Plan für das Reichsheimat.

Frankfurt am Main. (Telefon.) Der Streit um die Städte, wo das Reichsheimat errichtet werden soll, geht weiter. Waren es bisher insbesondere die Barchen Insel im Rhein und Becka, die im Vordergrund des Interesses standen, so ist neuerdings ein weiteres Projekt für die Errichtung des Reichsheimats aufgetaucht: die Schloßkirche bei Dettingen. In einem Artikel in der "Wiesbadener Zeitung" tritt Prof. Dr. Adolf Droff aus Bonn für diesen bei Wiesbaden gelegenen Platz ein.

Die Beifegung des Fliegers Bäumer.

Hamburg. Die Trauerfeier für den in Kopenhagen tödlich verunglückten Flieger Waul Bäumer und die Beifegung auf dem Obisdorfer Friedhof vollzogen sich gestern nachmittag unter gewaltiger Anteilnahme der Hamburger Bevölkerung. In einer Halle des Flugplatzes hatte man die Leiche des Fliegers zwischen Flugzeugen, inmitten von Blumenpenden aus aller Welt, aufgebahrt. An der Trauerfeier, bei der Vertreter der Seemattstadt Bäumers sowie Berufsgenossen von dem Toten Abschied nahmen, nahm auch der Erste Bürgermeister von Hamburg, Dr. Petersen, teil.